

23. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1953

32/A.B.

zu 38/J Anfragebeantwortung

Bezugnehmend auf die Anfrage der Abg. O l a h und Genossen vom 28. Mai 1953, betreffend Verhandlungen wegen Freigabe von Schillingerlösen, teilt Bundeskanzler Ing. R a a b folgendes mit:

Die letzte Freigabe von Gegenwertsmitteln der Amerikahilfe der Mission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Österreich (MEC) erfolgte am 23. Dezember 1952. Mit dieser Freigabe wurden der österreichischen Regierung weitere 500 Millionen Schilling, und zwar als Vorausleistung für das Jahr 1953, zur Verfügung gestellt, obwohl die Bundesregierung ersucht hatte, diesen Betrag noch als Restfreigabe für das Jahr 1952 zur Verfügung zu stellen. Der Herr Bundeskanzler hat daraufhin namens der Bundesregierung unter Hinweis auf die währungspolitischen und wirtschaftlichen Argumente an die MEC das dringende Ersuchen gerichtet, ihre Entscheidung über die Anrechnung des Freigabebetrages auf das Jahr 1953 einer Revision zu unterziehen. Die amerikanische Mission hat hiezu mitgeteilt, dass die amerikanische Regierung dieser Umstellung zwar nicht zustimmen könne, die vorgebrachten Argumente jedoch bei der Festsetzung des Freigaberahmens für 1953 tunlichst berücksichtigen werde. Seither steht die österreichische Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, der Finanzminister und die leitenden Funktionäre des Bundeskanzleramtes-Zentralbüro im ständigen Kontakt mit den massgebenden Funktionären der amerikanischen Mission wegen zeitgerechter Entscheidungen über die weitere Freigabe der Gegenwertsmittel im Jahre 1953. Wie alljährlich, ist für die grundsätzliche Festsetzung des Freigaberahmens ein Memorandum der österreichischen Bundesregierung über die Grundlagen für die Festsetzung der Gesamtfreigabesumme im Jahre 1953 ausgearbeitet und nach Genehmigung durch den Ministerrat an die MEC weitergeleitet worden. In diesem Memorandum wird die Erstellung eines Investitionsprogrammes für das Jahr 1953 auf Basis eines Betrages von 1.800 Millionen Schilling beantragt.

24. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25.Juni 1953

Als weitere Massnahme der österreichischen Bundesregierung zur Sicherstellung einer ausreichenden Freigabe von Gegenwertsmitteln ist der Abschluss eines Übereinkommens zwischen der österreichischen Regierung und der amerikanischen Regierung über die Verwendung von Kapitalsrückzahlungen und Zinsen aus ERP-Darlehen zu nennen. Bei den Freigabebeanträgen im einzelnen legt die Bundesregierung auf die Auswirkung der in Vorschlag gebrachten Projekte auf die produktive Arbeitslosenbekämpfung jeweils das grösste Gewicht. So ist es u.a. den Bemühungen der österreichischen Bundesregierung gelungen, die Freigabe von 90 Millionen Schilling für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und von 50 Millionen Schilling für den Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds zu erreichen.

-.-.-.-.-

=====

Berichtigung!!!! In der Anfrage 60/J (3. Beiblatt unserer heutigen Ausgabe) ist folgende Richtigstellung vorgenommen worden: in der zweiten Zeile soll es richtig heißen: "15.000 Kisten ..." (nicht 15 Kisten).

=====